

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Welche Antwort auf die Krise?

„Wie sollen wir den Menschen erklären, dass sie zum einen als Steuerzahler für die Regulierung der Kollateralschäden der Finanzmarktkrise in die Haft genommen werden, zum anderen auch noch mit einer niedrigeren Lohnentwicklung büßen sollen?“ Die IG Metall muss „nichts korrigieren“ an ihrer 8%-Forderung, unterstreicht Jörg Hofmann, IG-Metall-Bezirksleiter.

500 Milliarden sieht das Notprogramm der Großen Koalition für die Rettung der Banker und Spekulanten vor – im Namen „gesamtstaatlicher Verantwortung“. Für dieselben Unternehmer, die aus dem jahrelangen Lohnverzicht der Metaller satte Gewinne und hohe Renditen in der Automobilproduktion abgeschöpft und sich daran bereichert haben, gibt es heute keinen Zweifel daran, wer für diese gigantische Plünderung staatlichen Vermögens zur weiteren Fütterung der Renditejagd und Spekulationsgewinne zahlen soll. Die 8%-Forderung sei angesichts der Krise „völlig konjunkturwidrig“. Die Folgen von Streiks für die „irrwitzigen acht Prozent“ wären „in Zeiten eines Abschwungs dramatisch: sie (...) gefährden letztlich viele tausend Arbeitsplätze“, warnt Kannegießer, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall.

Diejenigen, die mit den Gewinnen spekuliert haben, fürchten um ihre Rendite. Noch im Juni hat Daimler-Chef Zetsche erklärt, dass „unser Anspruch, bei Mercedes-Benz Cars 10 Prozent Umsatzrendite zu erzielen, bestehen bleibt“. Jetzt belasten den Autokonzern Einbußen, Daimler musste die „Gewinnerwartung reduzieren“. Die Antwort: an allen 14 Standorten in Deutschland soll die Produktion für bis zu vier Wochen ausgesetzt werden.

Mit „Zockerei“ in der Aktienspekulation glänzt Porsche.

Auch VW will die Produktion drosseln und kündigt gleichzeitig an, dass 750 Leiharbeitsverträge zum Jahreswechsel nicht verlängert und weitere Kündigungen bei

den 25.000 Leiharbeitern geprüft werden.

Ford nutzt die Krise, um jetzt die schon länger geplante Halbierung der Belegschaft im Berliner Werk über einen Sozialplan zu erpressen; der Konzern hat die Produktion im Saarland gekappt und Zeitarbeitern gekündigt. BMW drosselt ebenfalls in seinen deutschen Werken die Produktion. Jetzt verlangt Kannegießer im Namen des „wirtschaftlich Verantwortbaren“, d.h. unter erpresserischer Berufung auf die Krise, verschuldet von der „Spekulanten-gier“, die Absage an die 8-Prozent-Forderung. „Ein Schulterschluss der Tarifparteien sei auch gesamtwirtschaftlich dringend nötig“, mahnt Hesse, Hauptgeschäftsführer des Verbands des Deutschen Maschinen- und Anlagenbaus (VDMA), und fordert, „dass die IG Metall von ihrer realitätsfernen Forderung herunterkommt“.

„Realitätsfern“? „Unsere Forderung ist weiterhin berechtigt (...). Wir können die Finanzkrise, unabhängig von der Höhe der Lohnforderungen, nicht beeinflussen“, verteidigt die Tarifexpertin der IG Metall, Helga Schwitzer, die Bereitschaft der KollegInnen und ihrer Gewerkschaft, für die Lohnerhöhung von 8% weiter zu kämpfen und Streiks vorzubereiten. Verzicht auf Lohn bringt keine Produktion. Die KollegInnen brauchen ihren Lohn zum Leben und ihren Arbeitsplatz in der Produktion.

„Das 500-Milliarden-Rettungsprogramm für die Banken ist alternativlos“, rechtfertigt die SPD-Führung dieses unter Verantwortung von Steinbrück/Merkel geschmiedete Paket.

ALTERNATIVLOS?

„Wir sehen es als erste Aufgabe der Sozialdemokratie an, dafür Sorge zu tragen, dass kein weiterer Arbeitsplatz in der Industrie mehr zerstört wird, und dass mit allen politisch zur Verfügung stehenden Mitteln Betriebsschließungen und Produktionsverlagerungen im Namen des Wettbewerbs und der Rendite verhindert werden müssen“, beschlossen die Delegierten der AfA-Bundeskonferenz im April 2006. „Es

gibt keine Legitimation, die Produktion und Arbeitsplätze zu zerstören. (...) Die AfA setzt sich ein für ein Verbot jeder Entlassung und Betriebsschließung, nur um die Rendite zu erhöhen.

Wenn die Unternehmer dagegen handeln, muss ihnen die Entscheidung aus der Hand genommen und der Betrieb und die Arbeitsplätze unter staatlichen Schutz gestellt werden, mit allen materiellen Konsequenzen (wie Rückgabe aller erhaltenen Vorleistungen und Subventionen, aber auch Sicherstellung der von der Belegschaft geschaffenen Gewinne und Vermögenswerte).“

Ist diese Forderung heute nicht von größter Aktualität, in einer Situation, wo die Konzerne und Spekulanten für ihre Renditeerwartungen, für die Spekulation auf dem Aktienmarkt, die massive Vernichtung von Produktion, weiteren Lohnverzicht und Entlassungen (bei den Leiharbeitern fängt es nur an) erpressen wollen?

Ist nicht die Forderung berechtigt, dass die Milliarden und Abermilliarden, die aus dem öffentlichen Haushalt in die Taschen der Spekulanten und Profiteure gepumpt werden sollen, in die Produktion und öffentliche Infrastruktur, in die Krankenhäuser und Bildung, investiert werden, um die Arbeitsplätze zu retten, neue zu schaffen und einen ordentlichen Tariflohn zu garantieren? Muss nicht die Produktion unter Kontrolle der Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Vertretung im Betrieb – unter staatlichem Schutz – weiter geführt, bzw. wieder aufgenommen werden? – Gehören diese Forderungen nicht dringlich in ein Programm von Sofortmaßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend gegen die zerstörerische Krise? Ist es nicht diese Diskussion, die mit dem Aufruf der 60 SPD- und Gewerkschaftsverantwortlichen und der Forderung nach der Entscheidung der SPD für Maßnahmen zur „Korrektur sozialer Ungerechtigkeiten“ eröffnet ist?

CARLA BOULBOULLÉ